



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

09.5005.02

WSU/P095005

Basel, 18. Februar 2009

Regierungsratsbeschluss
vom 17. Februar 2009

Interpellation Nr. 1 Andreas Ungricht betreffend unlautere Regierungspropaganda auf Staatskosten?

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 4. Februar 2009)

"Die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft veranstalten am 14.01.09 in Münchenstein eine "öffentliche Informationsveranstaltung" zur Personenfreizügigkeits-Abstimmung. Wie der Einladung zu entnehmen ist, wird als Hauptrednerin Bundesrätin Widmer-Schlumpf (BDP) aufzutreten. Zusätzlich werden auch die Regierungsräte Zwick (BL) und Lewin (BS) an der Diskussion teilnehmen.

Da nicht anzunehmen ist, dass einer der auf der Teilnehmerliste veröffentlichten Persönlichkeiten für ein Nein zur Personenfreizügigkeit eintreten wird, stellen sich in diesem Zusammenhang für den Interpellanten folgende Fragen und er bittet den Regierungsrat um Stellungnahme.

1. Weshalb erachtet es der Regierungsrat als notwendig, eine Informationsveranstaltung zu einer nationalen Abstimmungsvorlage durchzuführen?
2. Warum werden an dieser Informationsveranstaltung keine Gegner der Personenfreizügigkeit auf dem Podium teilnehmen?
3. Nimmt der Regierungsrat diese Neutralitätsverletzung, evtl. gar im Wissen der geheimen Umfrageergebnisse von *economiesuisse* (mit geringer und schwindender Zustimmung für die Vorlage) bewusst in Kauf?
4. Will der Regierungsrat auch inskünftig derart unlautere Abstimmungspropaganda bei nationalen oder kantonalen Vorlagen an sogenannten "Informationsveranstaltungen" der Bevölkerung kundtun?
5. Wie kann der Regierungsrat der Meinungsvielfalt und der politischen Neutralität in einer direkten Demokratie noch gerecht werden, wenn er solche Veranstaltungen durchführt?
6. Wie hoch belaufen sich die Kosten für den Kanton Basel-Stadt resp. für den Steuerzahler für diesen Anlass (inkl. Kosten für Sach- und Personalaufwand in den Dienststellen)?
7. Beteiligt sich der Bund an den Kosten?
8. Beteiligen sich Dritte an den Veranstaltungs- und Vorbereitungskosten?
9. Falls ja, welche Verbände, Firmen oder Interessensgemeinschaften?
10. Sieht sich der Regierungsrat aufgrund der erneuten Einmischung in einen nationalen Abstimmungskampf (wie schon bei Schengen/Dublin) überhaupt noch in der Lage, die Interessen sämtlicher Bevölkerungsgruppierungen im Stadtkanton zu vertreten?"

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben am 14. Januar 2008 in der Kultur- und Sporthalle Münchenstein eine Podiumsveranstaltung zur Weiterführung und Ausdehnung

des Freizügigkeitsabkommens durchgeführt. Auf dem Podium waren Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die beiden Volkswirtschaftsdirektoren Dr. Ralph Lewin und Peter Zwick sowie die beiden Unternehmer Marc Jaquet (CEO Jaquet AG) und Adrian Kohler (CEO Riccola AG). Moderiert wurde die Veranstaltung von Rolf Schlumpf, Journalist des Tages-Anzeigers. Nach einer Begrüssung durch Herrn Regierungsrat Peter Zwick und einem Input-Referat von Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf beantworteten die Podiumsteilnehmenden Fragen des Moderators. Schon bald wurde das Mikrofon für das Publikum geöffnet und die Besucherinnen und Besucher konnten den Podiumsteilnehmenden direkt Fragen stellen. Von dieser Möglichkeit wurde rege Gebrauch gemacht. Die meisten Fragen wurden an Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf gerichtet. Darunter waren auch etliche kritische Fragen.

Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Es mussten sogar zusätzliche Stühle organisiert werden. Der direkte Kontakt zur Bundesrätin wurde von der Bevölkerung sehr geschätzt. Das zeigte sich auch am anschliessenden Apéro. Viele ergriffen die Gelegenheit, Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf in dieser ungezwungenen Atmosphäre anzusprechen. Auch in den Medien stiess die Veranstaltung auf ein sehr positives Echo. Unterstützt wurde diese Veranstaltung im Übrigen von folgenden Verbänden: Angestelltenvereinigung Region Basel, Arbeitgeberverband Basel, Bauunternehmer Region Basel, Gewerbeverband Basel-Stadt, Handelskammer beider Basel, Travail Suisse Region Nordwestschweiz und Wirtschaftskammer Baselland.

Zwischenzeitlich fand am 8. Februar 2009 die Volksabstimmung über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien statt: Im Kanton Basel-Stadt stimmten 66.8% der Stimmenden der Vorlage zu, im Kanton Basel-Landschaft waren es 63.3%.

1. *Weshalb erachtet es der Regierungsrat als notwendig, eine Informationsveranstaltung zu einer nationalen Abstimmungsvorlage durchzuführen?*
4. *Will der Regierungsrat auch inskünftig derart unlautere Abstimmungspropaganda bei nationalen oder kantonalen Vorlagen an sogenannten "Informationsveranstaltungen" der Bevölkerung kundtun?*

Die Abstimmung über die Weiterführung und Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens ist nach Auffassung des Regierungsrates für die Schweiz, insbesondere aber für den Wirtschaftsstandort Basel eine der bedeutendsten Abstimmungen der letzten Jahre. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in der Region Basel, namentlich in den Life Sciences ist auch auf die bilateralen Abkommen zurückzuführen. Die Unternehmungen sind auch weiterhin auf einen freien und gleichberechtigten Zugang zum europäischen Markt angewiesen. Die EU ist mit Abstand unser wichtigster Handelspartner. Ein wesentlicher Teil der Schweizer Waren und Produkte wird auf dem EU-Markt abgesetzt. Jeden dritten Franken verdient die Schweiz mit der EU und jeder dritte Arbeitsplatz hängt von der EU oder mit der EU zusammen.

Der Regierungsrat erachtet es daher als richtig und legitim, die Bevölkerung über die Auswirkungen dieser wichtigen Vorlage umfassend zu informieren. Er verfügt über ein spezifisches Wissen und über fundierte, sachdienliche Informationsgrundlagen – zum Beispiel zum regionalen Arbeitsmarkt – und sieht sich deshalb in der Verantwortung, diese Informationen an die Stimmbevölkerung zu deren Meinungsbildung weiterzugeben. Im Zentrum der Veranstaltung stand denn auch die sachliche Informationsvermittlung. Wie der Anlass vom 14. Ja-

nuar 2009 gezeigt hat, entsprechen solche Veranstaltungen auch den Bedürfnissen der Bevölkerung. Das zahlreiche Erscheinen ist nicht anders zu erklären. Auch das grosse mediale Interesse ist ein Indiz hierfür. Der Regierungsrat kann sich daher die Durchführung ähnlicher Informationsveranstaltungen auch in Zukunft vorstellen.

2. Warum werden an dieser Informationsveranstaltung keine Gegner der Personenfreizügigkeit auf dem Podium teilnehmen?

Es gibt verschiedene Arten von Veranstaltungen, wie etwa Medienkonferenzen, öffentliche Vorträge, Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen etc. Diese können, müssen aber nicht kontradiktorisch besetzt sein. Dies hängt von den jeweiligen Intentionen und Bedürfnissen der Veranstaltenden ab. Die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben sich bewusst für eine Informationsveranstaltung entschieden bzw. auf ein kontradiktorisch besetztes Podium verzichtet. Die Informationsvermittlung einerseits und der direkte und unmittelbare Kontakt mit der Bundesrätin andererseits sollte im Vordergrund stehen. Die Bevölkerung nutzte denn auch diese Informations- und Kontaktmöglichkeiten, sowohl an der Podiumsdiskussion als auch am anschliessenden Apéro. Der Verzicht auf ein kontradiktorisch besetztes Podium erscheint auch im Nachhinein richtig. Eine kontradiktorische Veranstaltung ist zudem nicht per se geeigneter für den Meinungsbildungsprozess, wie dies hie und da suggeriert wird. Es kommt bei solchen Veranstaltungen vor, dass die Opponenten auf dem Podium eher danach trachten, das Publikum mit Schlagfertigkeit zu beeindrucken als mit fundierten Argumenten zu überzeugen. Eine solche „Show“ wollte der Regierungsrat auch aus Respekt vor der Bundesrätin im vorliegenden Fall nicht „inszenieren“. Dies schliesst allerdings nicht aus, dass sich der Regierungsrat bei einer anderen Angelegenheit für eine kontradiktorische Besetzung einer Veranstaltung entscheiden wird, allerdings unter Wahrung einer sachlichen Durchführung.

- 3. Nimmt der Regierungsrat diese Neutralitätsverletzung, evtl. gar im Wissen der geheimen Umfrageergebnisse von economiesuisse (mit geringer und schwindender Zustimmung für die Vorlage) bewusst in Kauf?*
- 5. Wie kann der Regierungsrat der Meinungsvielfalt und der politischen Neutralität in einer direkten Demokratie noch gerecht werden, wenn er solche Veranstaltungen durchführt?*
- 10. Sieht sich der Regierungsrat aufgrund der erneuten Einmischung in einen nationalen Abstimmungskampf (wie schon bei Schengen/Dublin) überhaupt noch in der Lage, die Interessen sämtlicher Bevölkerungsgruppierungen im Stadtkanton zu vertreten ?"*

Der Bundesrat, die Konferenz der Kantonsregierungen sowie die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben zur Frage der Weiterführung und Ausdehnung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit eine klare Meinung. Sie erachten die Fortführung der Bilateralen Verträge für die Schweizer Wirtschaft als sehr wichtig und treten daher alle für ein Ja zur Vorlage ein. Der Regierungsrat ist in dieser Sache nicht unparteilich. Das muss er bei Sachvorlagen in der Regel auch nicht sein. Oft gibt er zusammen mit dem Grossen Rat Abstimmungsempfehlungen ab. Die Bevölkerung hat ein Interesse daran zu wissen, wofür und aus welchen Gründen der Regierungsrat sich im Interesse von Region und Bevölkerung engagiert. Der Regierungsrat ist sich aber bewusst, dass er als staatliche Behörde – im Gegensatz zu anderen am Meinungsbildungsprozess beteiligten Privaten – dazu angehalten ist, objektiv und sachlich zu informieren. Dies war ihm auch bei der vorliegenden Veranstaltung ein konsequentes Anliegen.

Die Meinungsvielfalt wurde durch die Veranstaltung vom 14. Januar 2009 ebenfalls nicht beeinträchtigt. Es fanden zahlreiche Veranstaltungen sowohl der Befürworterinnen und Befürworter als auch der Gegnerinnen und Gegner statt. Zu erwähnen sind ebenfalls die vielen Inserate, Leserbriefe, Zeitungsartikel und Fernsehsendungen. Auch im Abstimmungsbüchlein des Bundes sind die Pro- und Kontra-Standpunkte ausführlich enthalten. Den Stimmenten stehen somit viele verschiedene Informationsgefässe für ihre Meinungsbildung zur Verfügung. Die Veranstaltung vom 14. Januar 2009 bildete einen Mosaikstein in diesem Meinungsbildungsprozess.

6. *Wie hoch belaufen sich die Kosten für den Kanton Basel-Stadt resp. für den Steuerzahler für diesen Anlass (inkl. Kosten für Sach- und Personalaufwand in den Dienststellen)?*

Aufgrund der bisherigen Abrechnung – die definitive Schlussrechnung steht noch aus - entstehen dem Kanton Basel-Stadt bzw. dem Steuerzahler aus diesem Anlass keine direkten Kosten. Der Personalaufwand wurde, wie bei solchen Veranstaltungen üblich, nicht separat erfasst. Die Veranstaltung wurde von den beiden Kantonen gemeinsam organisiert. Beim Kanton Basel-Stadt oblag die Organisation einem Mitarbeiter der Staatskanzlei und einer Mitarbeiterin des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Zusätzlicher Sachaufwand entstand nicht.

7. *Beteiligt sich der Bund an den Kosten ?*

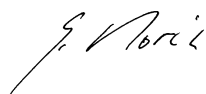
Der Bund beteiligt sich nicht an den Kosten.

8. *Beteiligen sich Dritte an den Veranstaltungs- und Vorbereitungskosten?*

9. *Falls ja, welche Verbände, Firmen oder Interessensgemeinschaften ?*

Die folgenden Verbände haben die Veranstaltung unterstützt und übernehmen auch die Kosten: Angestelltenvereinigung Region Basel, Arbeitgeberverband Basel, Bauunternehmer Region Basel, economiesuisse, Gewerbeverband Basel-Stadt, Handelskammer beider Basel, Travail Suisse Region Nordwestschweiz, Wirtschaftskammer Baselland.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin